

## Berner Politik

# Führungsloses Polittheater

**Magdalena Martullo**  
über Erpressungen aus  
Brüssel



**D**ie EU macht Druck. Die Schweiz müsse EU-Recht übernehmen. Mit der Masseneinwanderungsinitiative zeigt die Schweiz zu wenig guten Willen. Die EU bricht bestehende Verträge: Ausschluss vom Forschungsprogramm Horizon, keine neuen Produktstandards, Kontingente auf Stahl und Aluminium und provisorische Anerkennung unserer Börse.

Wie reagiert der Bundesrat? Staatssekretär Balzaretto soll einen Rahmenvertrag verhandeln. Die von Volk und Ständen angenommene Masseneinwanderungsinitiative setzt das Parlament nicht um. Unter Zeitdruck wird ein Abkommen erstellt. Die Schweiz übernimmt EU-Recht, sonst wird sie bestraft. Keine der Vorgaben wird eingehalten. Der Bundesrat weist das völlig ungenügende Abkommen nicht zurück, er leitet es ohne eigene Meinung zur «Konsultation» an alle Interessierten und ins Parlament.

Verwirrung herrscht. Gewisse Parteien ändern mehrmals ihre Meinung ... FDP, GLP und

BDP sind nun für sofortiges Unterschreiben. CVP, Grüne und SP für ein «Ja, aber», die SVP dagegen. Kenntnisse über das EU-Recht haben sie nicht. Die Kantone verfassen ein Rechtsgutachten, das zeigt, dass ihre (steuerlichen und finanziellen) Kompetenzen massiv eingeschränkt und viele bewährte Institutionen aufgegeben werden müssten. Sie müssten sich halt arrangieren, meint der Bundesrat. Die Gewerkschaften wollen nicht, dass der europäische Gerichtshof den Lohnschutz bestimmt. Ihnen geht es um die Millionen Franken, die sie damit verdienen.

Mit Würgen erzwingen SVP und SP, dass Europarechtler angehört werden. Dabei stellt sich heraus, dass bereits das heutige EU-Recht massive Eingriffe in die Souveränität, die direkte Demokratie und den Wohlstand der Schweiz bringt. Auch Bundesrat, Verwaltung und Staatssekretär zeigen sich überrascht! Nun fordern auch verschiedene Verbände «Klärungen».

Man beschliesst, die Unionsbürgerrichtlinie (von der SVP vorgängig publik gemacht), die staatlichen Beihilfen (von den Kantonen abgelehnt) und den Lohnschutz (von den Gewerkschaften bemängelt) weiterzubehandeln. Um die EU nicht zu verärgern, bittet der Bundesrat um «Klärungen». Der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker schreibt,

man könne alles klären – der Vertragstext bleibe aber unverändert! Man gebe uns eine Woche Zeit. Der Verhandlungsführer solle nach Brüssel kommen und die Lösung präsentieren. Der Bundesrat schickt die Gewerkschaften. Diese lehnen «mangels Zeit» ab. Die Frist läuft ab. Der Vizepräsident der EU-Kommission bestätigt, das Abkommen werde nicht neu verhandelt. Weil man «einen Mangel an Fortschritten festgestellt» habe, werde die Börsenanerkennung auslaufen. Die Schweiz könne aber in den nächsten Tagen noch allem zustimmen ... Sowieso müsse die Schweiz das Abkommen bis Ende Oktober unterschreiben.

Wie reagiert der Bundesrat? Gar nicht. Es ist zu hoffen, dass er wenigstens die neue Börsenregelung, die uns von der EU unabhängig macht, jetzt rasch umsetzt. Aber noch viel wichtiger wäre es, unserem unverschämten Nachbarn einmal klipp und klar zu sagen, dass die Schweiz ein eigenständiger, souveräner Staat mit direkter Demokratie ist und selber über ihre Rechtsordnung und Gesetze entscheidet. Da kann die EU noch so viel drängen und drohen: Eine Übernahme von EU-Recht und fremde Richter wollen wir hier nicht!

\* Magdalena Martullo ist Bündner SVP-Nationalrätin.